

Die Freiheit

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei halbjährlicher Abnahme für Groß-Berlin monatlich 3 Mark, nach außerhalb (Zufendung unter Streifenband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Verlegung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ

Verantwortlicher: Emil Warken Nr. 110 07, 110 08 und 110 49.
Inserate kosten die Nebenspaltenzeitung ober deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das feinstgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Feuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Sammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Feuerungszuschlag fort. Inletale für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inletale für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang I

Montag, den 18. November 1918

Nummer 7

Gegenrevolutionäre Zettelungen.

Will Wilhelm Hohenzollern zurück? Ein Führer der Reaktion.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt unter der Überschrift: Rückkehr des Kaisers nach Potsdam? folgende Notiz: Dieser Tage ist bereits die Meinung verbreitet worden, daß die Kaiserin in Potsdam bleibe. Im Zusammenhang damit wurde angenommen, daß eine Rückkehr des Kaisers nach Potsdam nicht ausgeschlossen sei. Jetzt behauptet der Potsdamer A. und S.-Rat, daß den kaiserlichen kaiserlichen Stellen unter Vorlegung der gegenwärtig in Holland bestehenden unsicheren Verhältnisse tatsächlich eine derartige Anregung unterbreitet worden ist und keine grundsätzliche Ablehnung gefunden hat. Unter dieser veränderten Sachlage sind selbstverständlich auch die Meldungen über eine Abreise der Kaiserin fraglich. Sie ist durch die Aufregungen sehr mitgenommen, aber dem Potsdamer A. und S.-Rat mit ihrem Dank für Entschuldig mitgeteilt, vorläufig weiter im Neuen Palais zu bleiben, nachdem der Vorstand des Soldatenrats sich für ihre Sicherheit verbürgt hat.

Es kann natürlich gar keine Rede davon sein, daß die Frage, ob der ehemalige Kaiser nach Deutschland zurückkehren könne, durch den Potsdamer Arbeiter- und Soldatenrat, dessen Zusammenkunft übrigens eine genauere Prüfung fordert, beantwortet werden könnte. Darüber hat die Reichsregierung im Verein mit dem Vollausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte zu entscheiden. Denn das ist eine wichtige proletarische Angelegenheit, die ganz Deutschland berührt.

Für solche sind wir der Ansicht, daß gar keine Rede davon sein kann, das ehemalige deutsche Staatsoberhaupt wieder nach Deutschland hineinzulassen. Einmal ist das deutsche Proletariat weit von der rührriehigen Gefühlsduselei entfernt, die alle jene Tränen der alten Gewaltdemokratie, die sich jetzt der Macht der Tatsachen äußerlich beuge, oder auch ihr „schon immer“ demokratisch oder gar sozialistisches Gepräge nicht entdecken, als neugewonnene Brüder ans Herz drückt. Es ist keine Stimmung vorhanden, die etwa dem Exkaiser zuruft: Wilhelm kehre zurück, es ist alles vergessen! Seine politischen Sünden sind nicht vergessen und können nicht vergessen werden. Wenn Wilhelm Hohenzollern gut beraten ist, so bleibt er Deutschlands Grenzen im eigenen Interesse fern.

Bei der Rührigkeit und Munterkeit, die die gegenrevolutionäre Elemente in Deutschland bereits wieder zeigen, ist es wohl zweifellos, daß der Hohenzoller in Potsdam sofort zum Mittelpunkt gegenrevolutionärer Zettelungen gemacht werden würde. Wir fordern, daß die deutschen Grenzen vor Wilhelm Hohenzollern hermetisch gesichert werden. Die Verbannung ist die gelindeste Strafe, die ihn treffen muß und sie ist zugleich eine notwendige politische Schutzmaßnahme für die junge sozialistische Republik Deutschland.

Agrarische Annäherung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat die Kühnheit, im Namen der Gerechtigkeit zu fordern, daß bei der Wahlkreis-einteilung für die künftige Nationalversammlung das flache Land bevorzugt werden solle.

Es erscheint schwerlich gerecht, daß das flache Land in dem Maße an politischen Einfluß verlieren soll, in welchem es den von ihm unter großen Kosten aufgezogenen Nachwuchs an die Großstädte und Industriezentren abgibt; daß es also gleichsam zum Dank für die gewaltigen Werte an Erzeugnissen und unerschöpflichem Menschenmaterial, die es fortlaufend den anderen Teilen des Staates zukommen läßt, von diesen politisch enteignet wird. Auch die Grundlage eines demokratischen Staatswesens bildet jener doch schließlich neben seiner Bevölkerung das Staatsgebiet; Land und Leute, und nicht Leute allein, gehören unbedingt wenigstens zu jedem größeren Staatswesen.

Vielleicht vertritt die „Deutsche Tageszeitung“ auch in welcher Weise die Quadratmeter abstimmen sollen. — Es ist wirklich eine starke Annäherung, die aus den Ausführungen des Aguarierblattes spricht!

Die Reaktionäre sehr regsam. Ein „Vaterländischer Volksbund“.

Die „Kreuz-Zeitung“ tut kund: „In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung führender nationaler Männer und Frauen aus allen Berufsständen und vaterländischen Organisationen wurde am Sonntag nach einem Vortrage des Herrn Generalsekretärs Max Taube ein Vaterländischer Volksbund gegründet, der die durch das nationale Unglück verzweifelt Gemüter wieder aufzuheitern und den nationalen Geist und Stolz am deutschen Volkstum erneuert werden soll. Der Bund will vor allen Dingen alle bestehenden vaterländischen Vereinigungen, die existenzfähig und -berechtigt sind, zu gemeinsamer entschiedener nationaler Arbeit auf nicht demokratischer Grundlage, jedoch mit vollständigen Mitteln aufzumischen. Die Mitglieder sind ausführender Vereinigungen in seinem Bunde aufzunehmen und alle diejenigen nationalen Elemente vereinigen, die außerhalb der Parteioorganisation fruchtbar nationale politische Erziehungsarbeit leisten wollen. Es ist ein umfangreicher Arbeitsplan aufgestellt worden, der völlig neue Organisations- und Agitationsmittel in den Dienst der großen Sache stellt. Im übrigen will der Bund die gegenwärtige Regierung, soweit es sich um die Demobilisierung des Heeres, die Sicherung der Volksernährung und der öffentlichen Ruhe und Ordnung, sowie den Schutz der Meinungsfreiheit und des Privateigentums handelt unterstützen, ohne seine grundsätzliche Gegnerschaft damit irgendwie zu beschönigen.“

Der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins, der bekannten Organisation, die vor dem Kriege die ungelöste Antipolen-Politik betrieb, veröffentlicht einen Aufruf, als Kraft einzusetzen, damit „unsere alte deutsche Ostmark dem deutschen Volke erhalten bleibe. Man dürfe sich jetzt nicht in den Winkel stellen, sondern müsse sich tatkräftig am öffentlichen Leben beteiligen, nachdem die neue Regierung allen Bürgern wehrende Freiheit des Wortes und der Schrift zugesichert habe. Wir fordern daher unsere Freunde auf, sich überall an der Gründung von Bürgerstätten zu beteiligen und solche anzulegen, sowie ihren ganzen Einfluß auf die bestehenden oder noch zu bildenden Bauern-, Angestellten-, Arbeiter- und Soldatenräte und alle ähnlichen Einrichtungen zugunsten der deutschen Ostmark geltend zu machen.“

Eine bedenkliche Generalsproklamation. General v. d. Marwitz in Trier.

Aus Trier wird vom 18. November gemeldet: General v. d. Marwitz macht bekannt, daß er an der Spitze der 5. Armee hier eingetroffen sei. Hinter ihm folgten weitere hunderttausend brave Soldaten, die bisher tapfer dem Feinde die Stirn geboten hätten. Er verlangt bedingungslose Befolgung seiner Befehle und Anordnungen. Wer gegen sie verstohe, verführe sich am Vaterlande und am Wohl unserer tapferen Soldaten. Sie könnten von der Heimat verlangen, daß man ihnen den Weg durch die Heimat nicht erschwere, sondern mit allen Mitteln ebne. Die Stadt ist besetzt. Am Westbahnhof ist eine Ehrenparade errichtet.

Aus der kurzen Meldung geht nicht klar hervor, an wen sich die Proklamation richtet. Der Ton läßt fast vermuten, daß der General den Anspruch erhebt, daß die Behörden der Heimat keinen Befehlen zu gehorchen hätten. Das könnte die Einleitung der Gegenrevolution bedeuten und dagegen müßten sofort nachdrückliche Schritte eingeleitet werden. Aber auch wenn die Proklamation sich nur an die Soldaten richten sollte, ist sie nicht unbedenklich. Es fehlt jede Andeutung, daß der General unter der Kontrolle eines Soldatenrates handelt. Die Reichsregierung und die Arbeiter- und Soldatenräte des Westens müssen da sofort nach dem Rechte 1.

Revolution und Rechtspflege.

Von Siegfried Weinberg.

Das alte Leitmotiv aller Epochen und Schlafmützen „Gut Ding will Weile haben“ hat in Revolutionenzeiten noch weniger Gültigkeit als sonst. Wenn auch die ungeheure Zahl wichtiger Aufgaben es unmöglich erscheinen läßt, sofort auf allen Gebieten ganze Arbeit zu tun, so gibt es doch eine ganze Reihe von Aufgaben, die ohne Schaden für unsere große Sache nicht zurückgestellt werden dürfen; wenn nicht diejenigen, die schon vor dem 9. November Sozialisten waren, an der Revolution irre werden sollen. Dies gilt besonders auf dem Gebiete der Rechtspflege, vor allem des Strafrechts. Was wir auf diesem Gebiete schon vor dem Kriege schauernd erlebt haben, wird in den Schattien gestellt von dem, was wir im Kriege erleben mußten. Die Neuherung von Ansichten, die jetzt Gemeingut fast des ganzen Volkes weit über den Rahmen unserer Partei hinaus sind, hat noch bis in die letzten Wochen hinein zu unerhörten Beurteilungen geführt. Ein Teil unserer Strafrichter hat sich während des Krieges zu willkürlichen Gendarmen eines wüsten Imperialismus erniedrigt. Mit großem Geschick hatte es das alte Regime verstanden, aus der Zahl seiner Richter diejenigen herauszusuchen, die ihm auf dem Gebiete der Strafrechtspflege willig Mitteldienste leisteten. Erinnert sei nur an die kurze Schredenberichterstattung der außerordentlichen Kriegsgerichte in Berlin. Es ist ein unerträglicher Gedanke, daß diese Richter — wie sie der Volksmund lautete — noch heute, mehr als eine Woche nach dem Siege der Revolution, Dienst tun, als wäre nichts geschehen.

Es gibt zwei Möglichkeiten: entweder diese Nachfolger des jenseitigen Drako sprechen jetzt „Im Namen der provisorischen Regierung“ dasselbe Recht, das sie vordem „Im Namen des Königs“ gesprochen haben. Es bedarf keiner Ausführungen, daß ein solcher Zustand keine Stunde länger geduldet werden kann. Oder aber auch diese Herren haben das große Unerhörte mitgemacht. Dann haben sie sich damit als so charakterlose Menschen entpuppt, daß ihnen das Schicksal unserer Volksgenossen auch nicht einen Tag länger anvertraut werden darf. Mögen sie zunächst noch als Grundbuchrichter oder auf sonstigen unpolitischen Gebieten Dienst tun; das von ihnen mißbrauchte Schwert der Gerechtigkeit darf auch nicht einen Augenblick länger in ihrer Hand bleiben. Das neue preussische Staatsministerium hat sich dahin entschieden, daß die Unabhängigkeit der Gerichte nicht angetastet werden soll, und es hat das Verlangen von vereinigten Arbeiter- und Soldatenräten, daß ihnen die Urteile in Strafsachen zur Bestätigung vorzulegen seien, zurückgewiesen. Dieser Standpunkt ist nur dann erträglich, wenn sofort an die Säuberung des Richterstandes gegangen wird. Ein derartiges Reinigungswerk hat nichts zu tun mit einer Antastung der Unabhängigkeit der Rechtspflege. Im Gegenteil, es ist unerhebliche Voraussetzung einer solchen. Günstigerweise gibt es unter den Richtern eine Anzahl unparteiischer Männer, so daß der ungestörte Fortbetrieb der Gerichte durch diese Revisionsinstanz nicht beeinträchtigt werden braucht. Das Volk verlangt die sofortige Entfernung aller Richter des alten Regimes aus der Strafrechtspflege. Sie können leicht durch Richter der Zivilabteilungen und der freiwilligen Gerichtsbarkeit ersetzt werden.

Die provisorische Regierung hat als eine ihrer ersten Maßnahmen eine Amnestie für alle politischen Vergehen“ verkündet. Durch Erlass von Ausführungsanweisungen wird sicherlich dieser Anordnung zu sofortiger Wirksamkeit verholfen werden. Damit darf es aber nicht sein Bewenden haben. Die Klassenjustiz hatte auf dem Gebiete der sogenannten politischen Straftaten nicht ihr einziges Wirkungsgebiet. Auch gänzlich unpolitische Beurteilungen zeigten das Schreckenbild der Klassenjustiz. Verurteilungen, an denen oft drakonische Mindeststrafen unter

Strafgesetzbuch die Schuld tragen. Jahrelang ist das deutsche Volk von seinen alten Machthabern durch den frevelhaft angezeigten Krieg in einen Zustand der Verrohung gewalttätig hineingetrieben worden. Da ist es kein Wunder, daß die Rahl der Robeitsdelikte im Kriege aemaligke Zunahme gefunden hat. Weniger die Verlierer derselben als die Schuldigen am Weltkriege und damit an der Verrohung unseres Volkes gehören in die Gefängnisse. Wir verlangen deshalb eine unbeschränkte Verallgemeinerung der Umnestie, die sich freiwillig nicht auf die Kriegswunden, die aus der Not ihres Volkes Gold gemünzt haben, zu erstrecken braucht. Alle Freiheitsstrafen bis zu einem Jahre mögen erlassen, alle längerer gekürzt werden. Besonders gilt dies auf dem Gebiete des Militärstrafrechts. Hier sollten alle auf Grund der besonderen Paragraphen des unläuglichen Militärstrafgesetzbuchs beurteilten Feldmarchen Brüder, soweit es sich nicht um Mißhandlungen Untergeordneter und ähnliche schimpfliche Straftaten handelt, ohne weiteres beanbahnt werden. Eine derartige sofortige umfassende Amnestie ist nicht nur ein Gebot der neuen Gerechtigkeit, sondern auch der politischen Klugheit. Viele Tausende werden der neuen Regierung zuwenden, die ihnen oder ihren Lieben die Freiheit gibt.

Bereits in den Tagen des Vornovembers erklienen unser Strafgesetzbuch allen Einsichtigen als eine nichts weniger als ehrwürdige Mumie. Schon das alte Regime arbeitete an seiner Abschaffung. — freiwillig nur, um es durch ein noch schlechteres zu ersetzen. Selbstverständlich wird unsere neue Regierung sofort die Umarbeitung eines neuen Strafgesetzbuchs veranlassen müssen. Das erfordert jedoch erhebliche Zeit. Manche Bestimmungen des alten Strafgesetzbuchs können aber unteren Ansichten derart ins Gesicht, daß ihre Abschaffung nichts bis zur allgemeinen Strafrechtsreform aufgeschoben werden kann. Sie müssen durch ein Notgesetz sofort beseitigt werden. Ist es, um ein Beispiel zu nennen, erträglich, daß nach der Proklamierung der Trennung von Staat und Kirche der Gotteslästerungsparagraph auch nur noch eine kurze Weile in Kraft bleibt?

Unser geltendes Strafrecht zerrt an zwölfjährige Kinder vor den Strafgerichten. Eine Untat, die fast nur verwehrte Proletorierkinder trifft und die im neuen Volksstout auch nicht eine Stunde länger gebildet werden darf. Die auf dem Gebiete des Strafrechts mahabende wissenschaftliche Arbeit, die „Internationale kriminologische Vereinigung“, hat schon vielen Jahren die Herabsetzung der Strafmündigkeitsgrenze auf das vollendete sechzehnte Lebensjahr gefordert. Wir erwarten, daß umgehend ein Notgesetz dieser Forderung entspricht oder wenigstens die Altersgrenze auf fünfzehn Jahre festsetzt.

Täglich werden noch heute Tausende unserer Volksgenossen dadurch in schwerste Notlagen verwickelt, daß man ihnen zumutet, die Wahrheit ihrer Aussagen vor Gericht durch Anrufung eines Gottes, dessen Existenz sie nicht anerkennen, eidlich zu bekräftigen. Die konfessionelle Eidesformel muß sofort verschwinden. Die eidliche Versicherung auf Ehre und Gewissen muß genügen. Dies ist eine logische Folge des im Riffer 5 des Auftrags des Reichs der Volksbeauftragten vom 12. November mit Gesetzeskraft ausgefüllten Grundgesetzes: „Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.“ Andernfalls wäre die proklamierte Trennung von Kirche und Staat nur ein Torlo.

Am vorstehenden sind nur wahllos einige dringliche Forderungen zusammengestellt, die wir auf dem Gebiete der Rechtspflege zu stellen haben. Ihre Erfüllung erfordert keinerlei zeltraubende Vorarbeiten. Sie ist ein dringendes Gebot der Stunde. Doch daneben eine umfassende Umgestaltung von Strafrecht, Strafprozess und Strafvollzug sofort in die Wege geleitet werden muß. Ist selbstverständlich. Der Umstand, daß das so bedeutsame Justizwesen im Reich und in Preußen in die Hände unabhängiger Sozialisten der Genossen Kasse, Cohn und Rosenfeld gelangt ist, ist hoffentlich eine Bürgschaft dafür, daß die erforderlichen Umgestaltungen unseres Justizwesens mit entschlossener Zielklarheit ungetümt in die Wege geleitet werden.

Revolution und Theater.

Die bürgerliche Revolution von 1789 schlug die Tore ein, die bis dahin die Museen und Galerien, die Sammlungen von Bildern und Kostbarkeiten der Höfe und der adligen Herren für das Bürgerium abgeteilt gehalten hatten. Man möchte hoffen und darf wohl erwarten, daß die proletarische Revolution von 1918 diesen Anfang von 1789 fortsetzt, indem sie besonders auch die Opern- und Schauspielhäuser den breiten Massen öffnet.

Keine Kunstgattung ist mehr geeignet, der großen Menge künstlerische Wirkungen zu übermitteln, als die Kunst der Bühne. Keine andere Kunstübung hat gleich dem Theater die Massen immer wieder zu sich hingezogen. Es mag zutreffen, daß die Bühne einen Teil ihrer welthistorischen Mission, Aufklärerin und Beweiserin, Künstlerin neuer sozialer, sittlicher, politischer Ideen und Ziele zu sein, mit dem Aufschwung der Presse, der Verbreitung des Buchdrucks, der Entwicklung des ganzen öffentlichen Lebens eingebüßt hat. Aber auch in dieser Hinsicht hat das Theater noch seine Bedeutung. Und daneben bleibt es wie nur je zuvor seinen Wert als Instrument, in die Geheimnisse künstlerischen Erlebens und Gesellens einzuführen, durch keine Verlebendigung dichterischen Schaffens breite Massen mit jenem Gefühl der Läuterung, der Bereicherung und Ausweitung von Geist und Seele zu erfüllen, das aus dem Erleben aller großen Kunst fließt.

Die Masse hungert nach Theater. Und nicht nur nach leichter Unterhaltungskosten, auch nach ernster, in die Tiefe schürfender Kunst. Man braucht nur an den Zustrom zu denken, den überall jene Veranstaltungen gemeinnütziger Gesellschaften und Unternehmungen finden, die den Zweck verfolgen, anerkannte Werte der Kunst zu billigen Preisen der Bevölkerung zu vermitteln. Man braucht nur auf den Massenandrang zu blicken, den in Berlin die freien Volkstheater gefunden haben. Gängig ist dort die Möglichkeit erschienen, die aus den Massen kommenden Ansprüche nach Vermittlung guter Kunst zu befriedigen. Man hat sich ein großes Theaterhaus gebaut, man spielt in ihm Abend für Abend und jeden Sonntag abends ausschließlich für die Mitglieder der Freien und der Neuen Freien Volkstheater, man beschränkt sich darauf, jedem Mitglied nur Anspruch auf eine Vorstellung im Monat zu gewähren. — und doch stellte sich längere Zeit, daß es dieses nicht genügt, um die Ansprüche zu be-

Friedensschluss nach den Nationalversammlungs-Wahlen?

Eine Bedingung der Entente?

Als Auffassung der französischen Regierung über die Friedensfrage wird in Paris mitgeteilt, daß die Vorkriegsverhandlungen bereits in den nächsten Tagen ihren Anfang nehmen werden, daß diese Verhandlungen aber mit der eigentlichen Friedenskonferenz nicht identisch seien. Die Entente werde vermutlich in der nächsten Woche bei Deutschland anfragen, zu welchem Zeitpunkt die verfassungsmäßige Vertretung des deutschen Volkes, mit der die endgültigen Verhandlungen geführt werden könnten, gebildet sein dürfte. Da Scheidemann die Remonstration zur Nationalversammlung für den Januar in Aussicht gestellt habe, rechne man am Quai d'Orsay damit, daß die eigentliche Friedenskonferenz Mitte oder Ende Januar beginnen könne. Bis dahin müsse eine provisorische Regelung der brennendsten Fragen erfolgen. Nach der Auffassung des Obersten Houze müßten gewisse Fragen, beispielsweise diejenigen, die Italien und die Südslawen angehen, sofort behandelt werden. Oberst Houze äußerte sich gegenüber den Journalisten über die Revolution in Deutschland. Die Alliierten hätten nicht die Absicht, gegen Deutschland vorzugehen; sie wollten vielmehr mit Deutschland zusammenarbeiten. Mit einem Deutschland, das unter irgendeiner Diktatur stehe — sei es eine militärische oder eine revolutionäre — könnten die Alliierten nicht verhandeln. Wilson werde einer revolutionären Diktatur gegenüber den gleichen Standpunkt einnehmen, den er der Diktatur der Hohenzollern gegenüber eingenommen habe: „Der Gewalt keinen Frieden und kein Brot.“ Die Gefahr eines terroristischen Regiments in Deutschland sei nicht abzuwenden. Deutschland habe ja auch bereits fühlen können, was von diesem Zeitpunkt an von den Vereinigten Staaten sowie von den Alliierten in der Abänderung der Waffenstillstandsbedingungen in weitherziger Weise erreicht worden sei. Die Welt sei bereit zu verzeihen. Ein wirklich demokratisches Deutschland werde schneller, als vielleicht seine eigenen Söhne es erwarteten, wieder zu einer geeinigten Völkergemeinschaft gelangen.

Norwegische Lebensmittelhilfe.

Eine Forderung der norwegischen Sozialdemokraten.

„Sozialdemokraten“ zu Christiania veröffentlicht eine Enquete der Leitung der norwegischen Arbeiterpartei an die norwegische Regierung, in der diese aufgefordert wird, bei der Entente auszuwirken, daß Norwegen Gelegenheit gegeben werde, so rasch wie möglich außer den gemäß dem Abkommen mit Amerika festgesetzten Mengen von Lebensmitteln diejenigen Erzeugnisse, namentlich Fische und Fischprodukte, an denen Norwegen selbst noch Mangel habe, an die notleidende deutsche Bevölkerung zu liefern. Die rasche Hilfe dringend bedürfte, zu senden. Gerade da allgemein bekannt sei, daß die norwegische Bevölkerung während des Krieges mit den Machthabern des früheren Deutschlands keineswegs sympathisiert habe, gelte es jetzt, dem neuen freien Deutschland über die schwierigste Zeit hinwegzuhelfen.

Die englische Flotte polizist der Reaktion.

Drohung an Holland.

Nach Ansicht politischer Kreise im Haag erscheint in Holland die innere Krise weniger akut und die Gefahr des Ausbruchs von Unruhen weniger dringlich. Der englische Gesandte hat, wie berichtet, den Führern der Opposition und der Wähler sagen lassen, die englische Flotte werde zur Aufrechterhaltung der Ordnung vor Holland erscheinen und die Lebensmittelzufuhr

triebigen. Man müßte andere Bühnen für einzelne Nachmittage und Abende bingupacken. Aber auch damit kam man noch nicht zum Ziel. Der Andrang wurde so groß, daß ihm einfach bei den gegebenen Verhältnissen, bei den Schwierigkeiten, neue Theater mit künstlerischem Niveau mit Beschlag zu legen, nicht genügt werden konnte. Die Mitgliederaufnahme mußte geschlossen oder ein Teil der sich Meldenden mit Vorlesungen abgesperrt werden, deren künstlerischer Wert nicht außer Zweifel stand.

Es fehlt nicht an Theatern. Zumal in Berlin gibt es sie in Hülle und Fülle. Aber die meisten von ihnen, wenigstens soweit es sich um Bühnen von künstlerischer Bedeutung handelt, sind den breiten Massen verschlossen. Obwohl der Eintritt in sie ist nicht insofern das Privileg Einzelner, als die „misera plebs“ grundsätzlich von ihrem Besuch ferngehalten wurde. Aber die Preise, an deren Bezahlung der Einzelne geknüpft ist, sind so hoch, daß der Zugang tatsächlich für die große Masse gesperrt ist. Allenfalls würde es noch zu einem Platz auf dem „höchsten Range“ oder auf der Galerie langer. Aber die Möglichkeiten, von hier aus die Vorgänge auf der Bühne zu verfolgen, die Darstellung und das gesprochene Wort in allen Einzelheiten zu genießen, sind in der Regel sehr gering, und es kann nicht wundernehmen, wenn in weiten Kreisen ein gewisser Widerwille dagegen besteht, dort vom hohen Stump herab zu sehen, wie zahlungsfähigere Schichten sich weiter unten, bequem in weiche Hautsitz gelehnt, die Darstellung auf der Bühne, von der man selber nur sehr wenig hat, trotz ihres größeren Geldwerts mit sehr viel größerer Eindringlichkeit auf sich wirken lassen können.

Das Theater muß popularisiert werden. Die Möglichkeiten, ohne große Aufwendungen gute Bühnenkunst genießen zu können, müssen erweitert werden. Der Staat, die Gemeinden haben die Pflicht, Maßnahmen zu treffen, daß die Theater als gemeinnützige Anstalten weit mehr als bisher den Massen zugänglich werden. Das schließt natürlich die Verpflichtung in sich, daß die öffentlichen Gewalten auch für einen Spielplan sorgen, der künstlerischen Ansprüchen und den Bedürfnissen der breiten Masse entspricht. Die Treftmacherlei darf nicht mehr ausschlaggebend sein für die Gestaltung des Repertoires. Der Staat, die Gemeinden müssen aber, all die Theater in eigene Regie übernehmen, zum mindesten sofort eine solche Anzahl von Bühnen, daß damit das dringende Bedürfnis der Bevölkerung nach Vermittlung vollwertiger Bühnenkunst befriedigt werden kann. Das schließt natürlich nicht aus,

werde eingestellt werden, falls es zu Gewalttätigkeiten und zu einer Provoaktion der Königin kommen sollte.

Eine Revolutionsfeier in München.

Eine Rede Kurt Eisners.

Am Sonntag abend fand im Münchener Nationaltheater eine Revolutionsfeier statt, zu der aus allen Gauen Bayerns die Vertreter der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte erschienen waren. Auch die Minister des Volksstaates Bayern und das Präsidium des dazugehörigen provisorischen Parlaments hatten sich eingefunden. Die Feier wurde durch Beeftobens Leonore-Couvertüre, vom Orchester unter der Leitung des Generalmusikdirektors Walthers gespielt, eingeleitet.

Darauf ergriff der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner das Wort zu einer Festansprache, in der er zunächst der umwälzenden Ereignisse der ersten Novembertage gedachte und dann ungefähr folgendes ausführte:

Wir haben heute die Zuversicht, daß es uns gelingen wird, ohne Rücksicht, ohne Hemmungen und ohne Gewalt den Weg zur neuen Zeit zu finden. Wir sind Demokraten und Sozialisten. Wir verstehen unter Demokratie aber nicht, daß alle paar Jahre alle Bürger das Wahlrecht ausüben und dann die Welt regiert wird durch Ministerien und Parlamente. Wir, die wir eine neue Form der Revolution gefunden haben, werden versuchen, eine neue Form der Demokratie zu entwickeln. Wir wollen die ständige Mitarbeit aller Schaffenden in Stadt und Land. Diese Demokratie ist heute schon Wahrheit. Die Vergangenheit ist tot und wehe denen, die versuchen sollten, diese stückelade Vergangenheit neu zu beleben. Wir sind Sozialisten, das heißt, wir wollen die Hemmnisse der wirtschaftlichen Ordnung beseitigen, die die Massen wie auch den einzelnen brücken und verhindern, daß jeder Mensch seine Gaben entfaltet und in verbürgter Sicherheit sein Dasein, das künftige irdische Leben, von Idealen beglückt, zubringen kann. Wir rufen über unser Land hinaus zu den Völkern, die gestern noch unsere Feinde waren: Wir belassen unsere Schuld und bahnun damit den Feinden den Weg zu innerer Verständigung und Versöhnung.

Das war der letzte Krieg, und indem wir die Schuldigen an diesem Weltverbrechen beseitigen und gänglich beiseite schieben mit einer Rücksicht, die jene nicht verdient haben, haben wir gezeigt, daß wir Menschen sind. So werden wir weiter gehen, und wir bitten Sie um Ihre Hilfe. Wir grüßen jene, die unsere Feinde waren. Wir senden unsere Grüße zu den Völkern Frankreichs, Italiens, Englands und Amerikas, und wir wollen mit ihnen gemeinsam die neue Zeit aufbauen. Alle, die reinen Vergerks, klaren Geistes und seltenen Willens sind, sind berufen, am neuen Werk mitzuarbeiten. Vergessen wir, was war, und vertrauen wir dem, was wird. Eine neue Zeitrechnung beginnt. Die Freiheit erhebt ihr Haupt. Folgt ihrem Ruf.

Wiederholter für micher Beifall begleitete die Rede. Während Eisners auf der Bühne verbleiben und feierlichen Worten das Volk den großen Worten der Revolution und den Frieden auf Erden. Gemeinsam sangen die Massen zum Schluß den „Gesang an die Völker“, dessen Verfasser Kurt Eisner ist. Mit lebhaften Ausrufen auf die Freiheit, die soziale Revolution und den Ministerpräsidenten schloß die eindrucksvolle Feier.

Schwedische Gewalt östl.

Ordnung, 17. November. Gestern nacht erklienen im Auftrag der schwedischen Verwaltungskommission in Wäner der Leiter der hiesigen Polizeidirektion in der Redaktion des „Tagesboten“ und ertheilte dem Blatt eine Verwarnung wegen mehrerer Aufsätze und Redaktionen. Das Organ der hiesigen internationalen sozialdemokratischen (Zentralisten) wurde der Zensur unterworfen.

daß, wenigstens für eine Uebergangszeit, auch durch Förderung und Unterstützung bereits bestehender Unternehmungen von der Art etwa der Berliner freien Volkstheater, die Verloerung der Bevölkerung mit künstlerischen Werten angestrebt wird. So wäre beispielsweise zu überlegen, ob es sich nicht empfehlen würde die beiden Volkstheater in Berlin zunächst den freien Volkstheater, unter gleichzeitiger Zuführung melgender französischer Unterstützung, zur Verbesserung zu stellen, damit diese ihren Betrieb ausdehnen können. In jedem Falle muß dafür gesorgt werden, daß diese Theater schleunigst aus Volkstheater nicht nur Staatsunternehmungen, sondern wahrhafte Volkstheater werden. Hier bietet sich eine Gelegenheit für die preussische Staatsverwaltung, mit gutem Beispiel voranzugehen. Manche durchgreifende Maßnahmen auf diesem Gebiete würden nicht zuletzt dazu beitragen, dem neuen Regime Dank und Anerkennung weitzer Kreise zu sichern.

Die Arbeiterbewegung ist stets stolz darauf gewesen, eine Kulturbewegung zu sein, auch in dem Sinne, daß sie es als ihre höchste Aufgabe betrachtete, den breiten Massen Kunstwerke zu vermitteln und durch die Demokratisierung und Popularisierung der Einrichtungen zur Vermittlung künstlerischer Werke fördernd und befruchtend auch auf das Kunstschaffen einzuwirken. Man darf nicht zweifeln, daß jetzt, wo sie die Macht errungen hat ihr ernstes Bestreben dahin gehen wird, ein groß angelegtes Kulturprogramm zu verwirklichen. Die Theater den Massen zu öffnen, sie wirklich jedem zugänglich zu machen, wird dabei nicht die geringste Aufgabe sein.

Streik der Bühnenanestellten?

Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zu einem Streik der Bühnenangestellten in Berlin kommt. Die drückenden wirtschaftlichen Verhältnisse veranlassen die Schauspieler, Sänger, Chormitglieder usw. nämlich, die Forderung einer Erhöhung der Löhne zu stellen. Es kam auch zu Verhandlungen, und gewisse Angelegenheiten wurden von den Bühnenleitern gemacht.

Sie erklärten sich bereit, für die Solomitglieder ein Mindesteinkommen von 300 Mark im Monat zu garantieren und im übrigen für die einzelnen Gehaltsmäßigen Leistungen von 10 Prozent (für die großen Sängern) bis zu 50 oder 60 Prozent (für die niederen Sängern) zu bewilligen. Sie veranlassen aber gleichzeitig von den Bühnenangestellten auch die Verpflichtung, fünfmal im Jahr (nicht wöchentlich) der Tour ihrer Tätigkeit an einer Bühne

Die Frauen und die Revolution.

Mit glühender Seele haben wir das Land der Freiheit, den Sozialismus gelehrt. Unser ganzes politisches Leben, haben wir mit der Wucht, die uns unsere sozialistische Ueberzeugung verleiht, den Kampf um die Eroberung der politischen Macht geführt. Nun ist das große Werk vollbracht! Mit prachtvollem Schwung hat die Arbeiterklasse im Arbeiterkampf und im Soldatenrod die Revolution siegreich durchgeführt, die sozialistische Republik errichtet. Eine gigantische Aufgabe ist vollbracht, eine noch größere gilt es zu vollbringen. Die Errungenschaften der Revolution müssen erhalten und der jungen Republik sozialer Anhalt gegeben werden durch die Verstaatlichung der Produktionsmittel. Die internationalen Beziehungen unter den Sozialisten der ganzen Welt müssen auf neuer Grundlage fest geknüpft und alles getan werden, was an uns liegt, die revolutionären Energien des Proletariats der Entente zu entfesseln, damit auch sie die Ketten zerbrechen, mit denen sie von ihren imperialistischen Regierungen geknechtet werden.

Geschicht das, so ist ein Ariele unter Brüdern und Schwestern, ein militärischer Völkerverbund, so hat die Sterbestunde des Kapitalismus auf dem ganzen Erdball geschlagen. Die Befreiung der Arbeit, vollbracht durch die Arbeiter selbst, wird bald beachtliche Wirklichkeit sein. Genossinnen! In diesem Nietenwerk müssen insbesondere die Frauen des werktätigen Volkes mithelfen. Mit eigener Entschlossenheit, mit Klarheit und zäher Ausdauer müssen sie sich in den Dienst des Sozialismus, in den Dienst der Unabhängigen Sozialdemokratie stellen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie, die zielbewußt die Revolution vorbereitet hat, verfolgt von den vorrevolutionären Gewalten der Polizei und Justiz, geschmäht von den Sozialisten Scheidemannscher Richtung, wird als treue Hüterin des sozialistischen Ideals ihren ganzen Einfluß aufzubringen müssen damit unerbittlich die gefassten, eigenen, eigenen Aufgaben in Angriff genommen werden.

Soche unserer Genossinnen ist es nun, die Arbeiterinnen, die unserer Partei noch fernstehen, unter unseren Reihen zu sammeln, um den Einfluß der Partei zu erhöhen. Unsere Partei muß die Revolution kontrollieren und vorwärtsziehen, sie muß die Stütze für unsere Genossen in der Revolution sein. Je härter sie ist, desto besser für das werktätige Volk, für seine Söhne und Töchter. Sagt es den arbeitenden Frauen und Mädchen, daß sie eine fürchterliche Verantwortung auf sich nehmen, wenn sie jetzt ablehnend beiseite stehen. Sont ihnen daß sie die Revolution schützen und unsere wirtschaftliche Befreiung mit durchsetzen müssen.

Sont ihnen allen, die dem Kapital fronen um tägliche Brot, daß die weiblichen Soldaten der Revolution nicht weniger notwendig sind um ihre Errungenschaften zu sichern und beim Aufbau einer neuen Welt zu wirken, als unsere Brüder im Revolutionsheer.

All die Frauen, die unter der Rot des Krieges unglücklich gestanden, die ihren Gatten oder ihre Kinder verloren haben, sie sollen kommen, um im Kampfe um die Menschheitsbefreiung neuen beglückenden Lebensinhalt zu gewinnen.

All die Mütter, die in liebevoller Voraussicht ihren Kindern eine sonnige Zukunft schaffen wollen, wir begrüßen sie als die hochwillkommenen Mithelfer einer neuen sozialistischen Ordnung der Dinge.

Aber sie müssen schnell kommen! In revolutionären Reihen überführen sich die Dinge. Jede ungenutzte Stunde ist eine verlorene.

Den Frauen ist es nunmehr, zu zeigen, daß sie vollwertig teilhaben, daß sie fähig und würdig sind, als freie Bürgerinnen einer freien sozialistischen Republik ihre Pflicht zu erfüllen.

Die „Rote Fahne“.

Nach einer Unterbrechung von einer Woche ist heute das Zentralorgan der Spartakusgruppe, „Die Rote Fahne“, wieder erschienen. Ueber die Umstände, die zur Unterbrechung der Herausgabe führten, gibt das Blatt folgende Darstellung:

Am 11. unsere Redaktion bei Scherl erschienen, um die Erlaubnis der durch die Revolution geschaffenen Zeitung auf die

zu nehmen, was natürlich für viele den Verzicht auf eine wichtige Nebenannahme bedeuten muß. In Anbetracht der gewaltigen Verunsicherung des Lebensunterhaltes und der Tatsache, daß die Schauspielerei d'essch noch selbst für ihre Bühnengedrucke sorgen müssen, wozu man es verstehen können, wenn die Schauspieler mit dieser Erlaubnisnahme der Direktoren nicht einverstanden sein zu können erklärten. Dem Chorordninal wurden keine Forderungen von den Bühnenleitern lazar ganz abgelehnt. Für die Chormitglieder erklärten die Direktoren eine Höchstzahl von 1) von 250 Mark — sogar noch unter der Voraussetzung einer mindestens zweijährigen Bühnenmitgliedschaft — für angemessen.

Die Haltung der Direktoren scheint um so weniger berechtigt, als sie wohl während des Krieges ausgezeichnete Geschäfte gemacht haben. Aber Gänzer waren fast immer ausgenommen, die Preise der Plätze stiegen meist mit erstaunlicher Schnelligkeit in die Höhe. Der Verband der Berliner Bühnenleiter macht eine Kostung neuerdings zu rechtlichen durch Verstaatlichung eines Schreibens des Berliner Sozialpräsidenten, des Genossen Glöckner, in dem dieser eine Mindereinnahme von monatlich 300 Mark mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober ab für eine durchaus berechtigte Forderung erklärt. Das besagt aber natürlich nicht, daß Genosse Glöckner weitergehende Forderungen für unberechtigt ansähe, und er recht nicht, daß er den Standpunkt der Direktoren billigt, die von den Schauspielern als Verbindung für eine Bewilligung der neuen Zulagen Verzicht auf ihre Tätigkeit als Bühnenleiter verlangten.

Sonstiges wünschenswertes muß, wenn die wirtschaftliche Lage der Volkswirtschaft erklären läßt, sie sei für ihren Teil außerhande, die von den übrigen Bühnenleitern gemachten Zugeständnisse zugunsten. Wer ist diese geschäftliche Leitung? Untersteht sie dem Direktor Rayhner oder dem Verband der freien Volkswirtschaften? In jedem Falle hätten die Vorstände der freien Volkswirtschaften allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß an ihrem Theater den Schauspielern nicht schlechtere Lagen gezahlt werden, als an den übrigen Bühnen.

Die Genossinnen der Berliner Bühnenangehörigen beruft zu Mittwoch vormitag eine große Versammlung ein, in der die Bühnenmitglieder über die weiteren Maßnahmen Beschluß fassen sollen.

Bühnenleiter für die städtische Theaterregie. Willh Stuhlfeld, der Direktor des Würzburger Stadttheaters, hat an alle Stadttheater die Aufforderung gerichtet, sich seinem Antrag um Verstaatlichung der Stadttheater (Uebernahme in städtische Regie) anzuschließen. Die Bühnenleiter, zunächst der bayerischen (Münchener, Nürnberg, Regensburg, Bamberg, Landshut und Ansbach) haben sich der Forderung Stuhlfelds bereits angeschlossen. Entsprechende Schritte sind beim Ministerium der Republik Bayern bereits eingeleitet.

Grundlage eines geschäftlichen Abkommens zu stellen, wurden sie griff eigenmächtig in den tatsächlichen Zustand ein und verhinderte gewalttätig die Herstellung der laufenden Nummer der „Roten Fahne“, so daß militärischer Schutz erwirkt werden mußte, der dennoch nicht zum Ziele führte; sie verstand es, die zu unserem Schutz bestellte Wache durch unlautere Mittel derart zu verhexen, daß sie unsere Rebalteure verhaftete und mit Gewehr und Wronnung bedrohte. Der Vollzugstrat des Arbeiter- und Soldatenrats verordnete noch am gleichen Tage, daß der Verlag Scherl a. Co. verpflichtet sei, die „Rote Fahne“ zu drucken und die für die Herstellung und Vorbereitung erforderlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Die Scherl'schen Geschäftsführer weigerten sich, auch dieser Anordnung nachzukommen und lehnten es ab, einen von uns wiederholt angebotenen Vertrag, bei dessen Fassung wir jedes Entgegenkommen zeigten, zu schließen.

Der zwangsweisen Durchführung der Anordnung wuhlen sich die geriebenen Herren durch immer neue Winkelnzüge und Ausflüchte zu entziehen, so daß wir genötigt waren, uns ein anderes Unterkommen zu suchen.

Die Firma Scherl und die Redaktion des Lokalanzeigers, heißt es in der Erklärung weiter, haben über diese Vorgänge Darstellungen gegeben, die denjenigen Grad von Wahrscheinlichkeit zeigen, den man von Ausgehaltenen der Schwerindustrie und der weiland preussischen Regierung zu gewärtigen hat; Darstellungen, deren Gehässigkeit und Ehr, deren unehrenhafte Komit schwer zu überbieten ist.

Die teils jämmerlichen Söhlinge, teils aufgeschwollenen Schmarotzer des Großkapitals, deren schäbige Lebensweise die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Lohnsklaverei ist, wegen die Kapriole, wir hätten die Sklaverei, auf der ihr Dasein beruht, wieder einführen wollen! Sie, die auf Grund der Lohnsklaverei Proletariat gezwungen haben, jahrzehntelang und zumal in diesen vier Kriegsjahren für Imperialismus für Kriegszwecke, für Krieg ihre Arbeitskraft herzugeben und so zu Verwärttern an ihrer Masse zu werden.

Doch alle Lügen seien ihnen verziehen ob des Mißes, der ihnen zum Schluß gelungen: „Das unsere Redaktion für das Organ der Spartakusgruppe nicht arbeiten wird, ist selbstverständlich.“

Die geistigen literarischen Kaskaden der konprinzlichen Kriegsheer-Alliance, die sich durch die Weite ihrer Ausstrahlung gefährdet haben, wählten sich offenbar im Stillen in der Hoffnung, irgendeine „lobnende“ Verwendung bei der „Roten Fahne“ zu finden! Sie vergaßen, daß ihre künftigen Sünden in einer sozialistischen Zeitung höchstens als Präparate zum Studium der kapitalistischen Korruption verwendet werden können.

Der französische Gewerkschaftsbund fordert demokratischen Frieden.

Für einen internationalen Arbeiterkongreß.

Wie die „Humanité“ meldet, hat der Allgemeine Arbeiterbund die Initiative zur Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses ergriffen. Der Kongreß soll in erster Linie dazu dienen, den Völkerverbinden zu sichern und die brüderlichen Beziehungen zwischen den Völkern wiederherzustellen. Außerdem beruft der Bund für Sonntag, 21. November, eine Massenversammlung der Pariser Arbeiter nach dem Cirque d'Hiver ein und rüft umfassende Vorkehrungen, um der Manifestation einen eindrucksvollen Charakter zu geben. Gemeinsam mit der sozialistischen Partei wird der allgemeine Arbeiterbund eine Erklärung der französischen Arbeiterklasse ablassen, die dem Präsidenten Wilson übergeben werden soll.

Wilson gegen Haß- und Revanche-Aktionen.

Der Washingtoner Korrespondent des „Welt Posten“ telegraphiert, daß augenblicklich hauptsächlich zwei Fragen die amerikanischen Regierungskreise beschäftigen: Die Verproviantierung Deutschlands und die Feststellung der individuellen Verantwortlichkeit deutscher Persönlichkeiten und ihrer Vernehmung in Anklagezustand. Bezüglich der ersten Frage habe Lansing bereits eine entscheidende Antwort gegeben. In der zweiten Frage habe Wilson keine Stellung noch nicht definitiv bestimmt. Der Präsident fahre jedoch fort, sich gegen jede Aktion auszusprechen, die nach dem Friedensschluß Gefühle des Hasses und der Revanche zurüchlassen würde.

Ruhig Blut!

Unser Bruderblatt, die „Leipziger Volkszeitung“, richtet im Leitartikel ihrer Freitagnummer heftige Angriffe gegen die Regierung, der sie vorwirft, sie nehme eine Haltung ein, die „geradezu gegenrevolutionär“ genannt werden müsse.

Wenn die Berliner Moderation fortfährt, den Schwerpunkt der politischen Arbeit nach rechts zu verlegen, so nötig ist das revolutionäre Proletariat, sie zur Feindin der Revolution zu erklären und den schärfsten Kampf gegen sie aufzunehmen.

Nach ist es Zeit für diese Regierung, einzuhalten auf dem Wege der Konterrevolution! Ihre Aufgabe ist es nicht, Neben zu halten, um dem Bürgerturn Kongressen zu machen, sondern zu arbeiten für die Durchführung der Revolution. Wie machen sie verantwortlich dafür!

Wir können der „Leipziger Volkszeitung“ durchaus bel, daß man jetzt, ohne Konzessionen an das Bürgerturn zu machen, arbeiten muß für die Durchführung der Revolution. Wir weisen aber, ob diese Arbeit gefördert wird durch aufgeregte Artikel, in denen, ohne genauere Kenntnis der Verhältnisse drohende Ultimata aufgestellt werden. Unsere Genossen in der Regierung und im Volkswirtschaftsbereich sind verantwortlich dafür, daß die Ziele der Revolution nicht in das Gegenteil verkehrt werden. Aber wir sind nicht minder verantwortlich dafür, daß der Boden, auf dem allein die Stärke unserer Genossen in der Regierung ruhen kann, nicht unterhölet werde durch Uebertreibungen und unüberlegte Drohungen.

Das Selbstbestimmungsrecht Deutsch-Böhmens.

In einem Kundentag an die untersten Behörden beschickte sich der Landeshauptmann Lohman mit den Aufgaben der Landesregierung Deutsch-Böhmens, namentlich der Errichtung einer Staatsbahn, einer Post- und Finanzlandesdirektion, eines eigenen Wirtschaftsministeriums und einer Volkswirtschaft und mit der Uebernahme der Staatsbeamten. Der Beschluß erörtert die Verlegungen

der Staatshoheit und betont, die Landesregierung werde den Grundgedanken des Selbstbestimmungsrechtes Deutsch-Böhmens mit allen Mitteln verteidigen.

Vom Rückmarsch im Rheinland.

Schwierigkeiten in Süddeutschland.

Aus Köln wird gemeldet: Zu Ehren der heimkehrenden Krieger prägen die rheinischen Städte in reichem Flaggenschmuck. Die Krieger rücken in immer härteren Kolonnen heran. Die Durchführung der Verpflegungsmassnahmen ist in vollem Gange. In Köln werden außer andern Räumen zur Unterkunft der Truppen hundert Schulen in Anspruch genommen, an den Zufahrtsstraßen werden städtischerseits Verpflegungsstationen errichtet. 600 Mann Bürgerwehr haben ihre Tätigkeit begonnen. Wäher vollzog sich der Durchzug durch die rheinischen Grenzstädte in vollster Ordnung und Ruhe. Die Stimmung der Truppen ist gefaßt und zuverlässig. Von der belgischen Grenze wird gemeldet, daß die sechs Armee sich in vollster Ordnung auf dem Rückmarsch befindet. Sie wird Mittwoch Herbsthal erreichen. Die durch Holland durchmarschierenden Truppen mußten ihre Waffen zurücklassen. In den Militärlagern sind reichlich Lebensmittel vorhanden. Zur Entlastung des Eisenbahnverkehrs wurde ein Dampfverkehr Köln—Köln—Köln eingerichtet. Von dort aus gehen Verbindungen der Kleinbahnen in das bergische Land sowie nach Düsseldorf.

In Baden und Württemberg scheint es noch dem „Vorwärts“ nicht gelungen zu sein, die Ordnung der Rückzüge zu sichern. Die Verpflegung der Truppen klappt nicht und die Soldaten helfen sich, wo sie Lebensmittel finden. Unter den Bauern soll erbitterte Stimmung herrschen. Da der behördliche Schutz versagt greifen die Bauern zur Selbsthilfe. In den Städten, die überfüllt sind, die Lage ebenfalls sehr mißlich sein.

Der deutsche Durchzug durch Ungarn.

Ein Abkommen Madensens mit Ungarn.

Der „Vester Lloyd“ meldet: Wie wir erfahren, haben glühenden der ungarischen Volksregierung und der von Madensens entsandten Kommission Verhandlungen stattgefunden, in denen bezüglich des Durchzuges der Madensenschen Truppen eine Einigung erzielt worden ist. Weiderseits will man alles tun, um einen möglichst schnellen und geordneten Abtransport der Madensenschen Armee zu erzielen. Von deutscher Seite ist eine Sonderkommission nach Berlin abgereist, um für Ungarn Kosten zu sichern, von denen ein Teil dem Abtransport der Armee Madensens dienen soll. Man hofft auch auf Verhandlung mit den Tschechen. — Das Blatt meldet ferner, Madensens habe aus eigener Initiative die Bildung eines Soldatenrates bei seiner Armee veranlaßt. (1)

Von der tschechischen Republik.

Nach Blättermeldungen wird Präsident Masaryk anfangs Dezember in Prag eintriften und sich nach einem kurzen Aufenthalt an den Ort der Friedenskonferenz begeben, um die Sache der tschechischen Republik zu verteidigen und Wilsons Ratgeber in tschechischen Angelegenheiten zu sein.

Finanzminister Dr. Kasin erklärte dem Vertreter der Narodni Rista: Da bisher noch keine festen Grenzen vorhanden sind, ist es nicht möglich, an weitgehende Steuerreformen zu denken und eine Vermögensabgabe einzuführen. Eine neue Währung einzuführen, wäre jetzt noch allzu vorzeitig, da die Liquidation der Schulden und des Vermögens des ehemaligen Österreichisch-ungarischen Staates noch nicht durchgeführt ist. Die Vorbereitungen dazu sind jedoch schon im Gange. Die neue Währung wird die Prantwährung des französischen Systems sein.

Vom holländischen Arbeiterkongreß.

Ein Bekenntnis Troelstra.

Vom Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei dessen Beschluß wir in der heutigen Morgenausgabe schon mitteilten, wurde vom 17. November noch gemeldet: Der Abgeordnete Van Ensel stellte die Frage, ob man zu der Geltung Troelstra's Vertrauen haben könne. Redner sagte: Wir glauben nicht an die Pläne Troelstra, wir glauben nicht an den Staatsreich und nicht an die Revolution, da sie noch keine Aussicht auf Erfolg haben. Abgeordneter Van Bussan erklärte: Die Politik Troelstra's hat in den Herzen Tausender ein Echo gefunden. Die Spannung, die im Lande herrscht, ist nicht dem Militär zuzuschreiben, sondern dem Auftreten Troelstra's. Man verlangt Einheit bei den Arbeitern, um gegen die Bourgeoisie Front zu machen, aber ist die Einheit auch in der Parteileitung vorhanden?

Gegen 12 Uhr erichien Troelstra auf dem Kongreß. Er hielt eine ausführliche Rede und sagte unter anderem, die Sozialdemokratie müsse mehr Einfluß im Parlament gewinnen, aber die Verstärkung des Einflusses hänge nicht allein von ihrem Willen ab, sondern von den gesamten Verhältnissen im Staate. Als ethlicher Mann sei er verpflichtet zu erklären, daß er die Machtverhältnisse nicht völlig richtig eingeschätzt habe, und er wolle nicht leugnen, daß er sich in dieser Beziehung geirrt habe.

Politische Nachrichten.

Die Liberalen auf dem Wege zur Einigung. Der geschäftsführende Ausschuß der fortschrittlichen Volkspartei hat einseitig der Vereinigung mit der nationalliberalen Partei und den Unterzeichnern des demokratischen Aufrufs zugestimmt und mit den weiteren Verhandlungen die Abgeordneten Wiemer, Fischel, Bachule und Naumann sowie Dr. Dr. Bernhard als Vertreter der Frauenorganisation beauftragt.

Vereinigung der Konservativen. Die konservative Partei und die freikonservative Partei haben die frühere Reichspartei haben sich zu einer einzigen Partei zusammengeschlossen.

Feyer beschließt, daß von politischen Leben zurückzuziehen. Er hat seinen politischen Freunden erklärt, daß er auch eine eventuelle Wahl zur Nationalversammlung nicht annehmen würde.

Wort von Tschib befindet sich, wie im Gegensatz zu der Meinung, daß er sich nach der Schweiz begeben habe, mitgeteilt wird, in Deutschland und denkt nicht daran, ins Ausland zu gehen.

Für den Anschluss Deutschlands an Deutschland werden die Zentrumskräfte in einem Schreiben an die demokratische Christlich-sozialistische Partei. Das Erbe Windthorst's, das Erbe Neugebors sollen vereint und ein fester Familienverband werden. Die Gedanken der christlichen Demokratie seien unser gemeinsames Ideal.

Abfassung der Verfassung der regierenden Parteien. Seit dem 18. November ist durch Verfügung des Reichspostamtes auch formell die Porto- und Telegrammfreiheit der regierenden Parteien abgeschafft worden.

Die Rechte in Deutsch-Ostafrika. Reuter meldet unter dem 17. November: Der deutsche Oberbefehlshaber in Ostafrika von Lettow-Vorbeck hat Kapitulierte.

Der erste Heimtransport von Warschau ist am 16. November in Deutsch-Polen mit 800 deutschen Frauen und 100 Beamten eingetroffen. In Warschau ist alles ruhig, die Deutschen sind wohlbehalten. Der weitere Heimtransport der Deutschen ist geregelt. Der bisherige Verwaltungschef von Polen, von Stenmeißner, meldet dem Reichsamt des Innern aus Thorn am 17. November, daß der zweite Transport von Frauen und Angehöriger der Zivilverwaltung aus Warschau wohlbehalten angelangt sei.

Auskunft über das Waffenstillstandsabkommen. Die Regierung gibt bekannt, im Interesse der Einheit und der Durchführung des Waffenstillstandsabkommens, daß Behörden und Private Auskunft über den Inhalt des Waffenstillstandsabkommens bei dem Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, Budapeststr. 14, erhalten können.

Die Christlich-Sozialistische Partei hat einen Aufruf erlassen, worin sie zum Ausbau der Organisation wegen der Wahlen zur Nationalversammlung auffordert. Die herrschende Partei wolle die Trennung von Kirche und Staat und die religiöse Einheitschule. Das rufe alle Christen auf die Schanzen.

Keine Lebensmittel mehr für Sprengstoffe. Es ist das Gerücht verbreitet, daß noch immer Lebensmittel, insbesondere Zucker, für Sprengstoffzwecke verarbeitet werden. Dieses Gerücht ist nach Erkundigungen bei der zuständigen Stelle unrichtig. Das Kriegsernährungsamt hat auch die Zurückgabe etwaiger Bestände von Zucker, der für solche Zwecke zugewiesen war, bereits angeordnet.

Japanische Delegation zur Friedenskonferenz. Die Votschaffler Japans in London und Paris, Chinda und Katsui, sind zu Vertretern Japans auf der Friedenskonferenz ernannt worden.

Den Eid auf die ungarische Republik hat zu Budapest der bisherige Erzherzog Josef in die Hände der Mitglieder der Regierung geleistet.

Der ukrainisch-rumänische Wirtschaftsvertrag ist laut ukrainischer Telegraphen-Agentur in Jassy ratifiziert worden.

Vor der Revolution in Spanien? „Revoluzion Herald“ erzählt aus Madrid, daß man eine revolutionäre Bewegung befürchtet. Der König hat erklärt, daß er sich keiner Reform, die das spanische Volk fordern werde, entgegenstellt.

Der Kampf der Richtungen.

Aus Stuttgart wird berichtet, der zurückgetretene Kriegsminister Schreiner habe sich in einer Versammlung des Stuttgarter Soldatenrats als Angehöriger der Spartakusgruppe bekannt. Schreiner wurde darauf von der Vorklagungskommission für die Wahlen zum Landesparlament gestrichen, und der Soldatenrat faßte mit 123 gegen 2 Stimmen eine Entschließung, daß er auf dem Boden der Revolution stehe und entschlossen sei, die provisorische Regierung zu verteidigen und zu unterstützen. Die Versammlung lehnte deshalb die Bildung einer neuen Garde und die Titulatur als Kampfmittel ab und erklärte sich für die baldige Einberufung der konstituierenden Landesversammlung.

In Dresden ist Genosse Otto Kühle, der bisher Vorsitzender des Exekutivkomitees des Dresdener Arbeiter- und Soldatenrats war, zurückgetreten mit der Begründung, daß die Revolution ein Werk des Bürgertums sei, um bessere Friedensbedingungen zu erlangen; Kühle glaubt durch seinen Austritt für sich und seine Parteifreunde größere politische Freiheit zu gewinnen.

Vier Knaben durch ein Flugzeug getötet.

Griesheim (Darmstadt), 18. November. Auf dem Fluglande des Truppenübungsplatzes wurden durch die umherfliegenden Klügel eines explodierenden Flugzeuges vier Knaben getötet.

Glossen.

Der Einzige.

In einer dieser Tage abgehaltenen Sitzung des preussischen Finanzministeriums erschien auch Herr Sadekum als Vertreter des Finanzministeriums. Davon ist nichts Besonderes. Nicht ganz unauffällig war aber, daß Herr Sadekum seine Brust mit dem Eisernen Kreuz geschmückt hatte. Alle anderen Teilnehmer, auch die bürgerlichen, waren ohne jede Dekoration erschienen, der Kriegsminister trug Zivil.

Herr Sadekum war der Einzige. Er hat seine Zeit begriffen.

Stolz ließ ich den Spanier.

Das Auftreten einiger Anhänger der Spartakus-Gruppe in der Sonnabend-Versammlung der Berliner Eisenbahner hat einen Teilnehmer dieser Versammlung derart in Darmisch gebracht, daß er dem „Kokot-Anzeiger“ einen „offenen Brief“ überlieferte, in dem er die Stafe seines Hornes anschiebt über die „Spartakusler“ ausschüttet. Man hat es mit einem eckelhaften Jüngling zu tun, dessen Entrüstung ganz besonders den „Ausländern“ gilt, die sich an der alma mater Rechte armhalten, die „nur und Deutschen zulassen“, und der immer wieder von dem „Stolz“ spricht, mit dem er sich zu diesem und jenem bekenne. Hat man diesen topieren, von solch Stolz erfüllten Sermon zu Ende gelesen, so lohnt man auf die Unterschrift: „Unteroffizier Karl W., stud. jur.“ Der mutige Kämpfer zog es vor, mit seinem Namen im Dunkeln zu bleiben. Es ist schon so: Die Ansicht ist der beste Teil der Tapferkeit.

Groß-Berlin.

Eine irreführende „Festsetzung“.

Zu der Schieberei am Viktoriakaffee, Unter den Linden 48, wird sehr in der Berliner Presse eine Darstellung verbreitet, die unbedingt der Richtigstellung bedarf. Sie fußt auf einer angeblichen Untersuchung der Bevollmächtigten des Soldatenrates vom Generalstab und stellt „fest“, daß die Voraussetzung der Schieberei und der nachfolgenden Untersuchung des Hauses nicht zuträfe. Aus dem Viktoriakaffee seien keine Schüsse gefallen. Den in das Gebäude eingedrungenen „offenbar betrunkenen Personen“ sei es „lediglich auf Blündern und Rauben angekommen“.

Hierzu wird uns von einem Augenzeugen berichtet: Ich ging am Morgen des 10. November, früh gegen 8 Uhr, vom Brandenburger Tor aus die Linden entlang. Auf der linken Seite fuhr ein bewaffnetes Auto in der Richtung des Schlosses. Als das Auto das Viktoriakaffee passierte, fiel aus dem oberen Stockwerk ein Schuß. Ich war kaum hundert Meter von der Schußstelle entfernt und konnte, da ich dem Auto nachblickte, noch sehen, wie der Schuß das Geäst eines Baumes streifte und kleinere Ästchen abblühte. Die Straße war fast noch menschenleer, bewaffnete Zivilisten auf der Straße überhaupt nicht zu sehen. Erst auf den Schuß hin eilten bewaffnete Soldaten, in der Hauptsache Matrosen und Anfalls des beschossenen Autos, herbei und eröffneten auf das Viktoriakaffee das Feuer. Daß dabei in der Aufregung das Guten zuviel getan wurde, will ich gern zugeben. Als das Schießen eingestellt war, wurden die Eingänge des Hauses umstellt und Patronen abgegeben sich nach dem Inneren, um eine Untersuchung vorzunehmen. Es waren dies alles Matrosen und Soldaten, die während der Nacht auf den Straßen im Dienste der Revolution standen, und es wäre eine Beschimpfung ohnegleichen, diese Leute als „betrunkenen Personen“ hinaustellen.

Am Viktoriahotel müssen ohne Zweifel stark verdächtige Elemente gewohnt haben. Denn als das Haus gewaltsam geöffnet wurde, fielen eine Anzahl Personen mit Gewehr und teilweise halb angezogen, von der Mittelstraße aus quer über die Linden. Diese müssen sich durch einen Hintereingang, der nicht unmittelbar, entfernt haben. Leider gelang es auf diese Weise nicht, eine dieser Personen festzunehmen. Was später in dem eigentlichen Hotel des Viktoriakaffees, in dem sich die Militärische Stelle des Anwärteramtes befand, vorzugenommen ist, weiß ich nicht. Ich stand noch bis gegen 10 Uhr teils vor dem Hotel (Eingang Friedrichstraße), teils vor dem Eingang zum Kaffee (Unter den Linden) Posten und habe während dieser ganzen

Zeit von Blünderungen nicht gesehen. Ich sah weder Soldaten noch Zivilisten mit Paketen oder vollen Taschen aus dem Hause kommen.

Dies der wahre Sachverhalt, soweit ich ihn beobachtet habe. „Feststellungen“, die erst eine Woche später gemacht werden, müssen, wie vorstehende Darstellung beweist, jedenfalls mit dem allerschärfsten Mißtrauen aufzunehmen werden. Sonst könnte leicht der Anschein erweckt werden, als sei das Schießen aus den Häusern nur von „Blünderern“ verursacht, die sich die Taschen füllen wollten, während die wirklichen Schützen lachend den Revolver umspannen und auf den nächsten günstigen Augenblick lauerten, wo sie vom gesicherten Hinterhalt aus erneut Unheil und Verwirrung anrichten können.

Nicht nur Blünderer, auch irreführende Darstellungen besetzen die heiligen Errungenschaften der Revolution.

Die Arbeiterturner Berlin zur politischen Lage.

Die am Sonntag, den 17. November, statt geübte Versammlung des Turnvereins „Nichte“, Berlin, befaßte sich u. a. in ausgiebigster Weise mit der politischen Lage. Allgemein kam zum Ausdruck, daß es sehr an der Zeit ist, daß die Arbeiterturner ihre Freiheit, die durch Hallen der Fesseln der einschränkenden Gesetze gegeben ist, anzuwenden. Es gilt die historischen Bestrebungen der Turnerei, die körperliche Volkserziehung im Geiste des Sozialismus wahrzunehmen. Die Versammlung stimmte der folgenden Resolution des Kreisturntages vom 1. Kreis des Arbeiter-Turner-Bundes vom 3. November 1918 zu.

Resolution:

Durch den 8. Immendruck des alten deutsch-deutschen Militärpostens im Oktober und November des Jahres 1918 werden die Arbeiterturner auf neue Wege und Ziele gewiesen. Der 1. Kreis des A. T. B. erklärt daher auf seinem Turntag am 3. November 1918 folgendes: Der A. T. B. kann in der Zukunft nur dann Gutes und Erhebliches für die Arbeiterklasse leisten, wenn er sich auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes stellt. Die Arbeiterturner können und wollen nicht bereuen, daß sie 2 1/2 Jahrzehnte lang unter brutaler vollgültiger Willkür leiden mußten. Erinnerung soll auch daran werden, daß die herrschenden Gewalten den Arbeiterturnern die ständige und moralische Qualifikation zur Erziehung der Jugend abgehandelt haben. Und dies nur, weil sie Sozialdemokraten waren. Da ein neues und wirklich freies Deutschland entstehen soll, müssen die gesamte Arbeiterklasse und somit auch die deutschen Arbeiterturner einmütig für eine wahre sozialistische Volkserziehung eintreten. Wir fordern den Bundesvorstand auf, in seiner gesamten Tätigkeit, besonders in der „Arbeiterturnzeitung“ im Sinne dieser Entschließung zu wirken.

Zum Wiederaufbau der freien Turnbewegung werden die Turnvereine „Nichte“ folgende Maßnahmen zu unternehmen. Von der letzten sozialistischen Regierung verlangen die Arbeiterturner einen weitestgehenden Ausbau der Jugendschulbucherziehung. Einen Arbeitsnormtag von 6 Stunden für jugendliche Turnvereine. Die unentgeltliche Benutzung der Turnhallen und Plätze sowie sämtlicher Einrichtungen, die gesundheitsfördernd der Art sind, z. B. Bäder, Anlagen usw. Ausbildung von Lehrern dieser Art auf Kosten des Staates. Eine Untersuchung des Eigentumsverhältnisses der Turnhallen der Deutschen Turnerschaft mit dem Ziel, solche Turnhallen, die auf Grund und Boden der Gemeinden und mit Mitteln derselben erbaut wurden, für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Der Besuch am Mittwoch wird in bisheriger Weise als Feiertag betrachtet. Da wegen der Kürze der Zeit eine Regelung der nächsten Feiertage nicht möglich war, es jedoch baldmöglichst diese Materie besondere Bestimmungen getroffen werden.

Wahlverfahren. Vor Beginn des Namens der Vollstufkörper wird nachdrücklich gewarnt. Die Mitarbeiter versammeln sich am Dienstag, dem 19. November, abends 8 1/2 Uhr, im Saal I des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 13.

Arbeiter-Turner Groß-Berlin. In der am Mittwoch, den 20. November (Dienstag) stattfindenden Besprechung der Freiheitkämpfer auf dem Märzgefallenen-Friedhof im Friedrichshagen 5 die ich alle Turnschwestern und Turnbrüder um 11 Uhr vormittags auf dem Hofe der Gesellschaft des Turnvereins „Nichte“, Berlin S.O., Lindenstr. 108/9, in möglichst einheitlicher Turner-Kleidung (Männer: graue Hose, blaue Jacke, Frauen: Turnkleid) einzufinden. Die Bruderbrüder der Umkleekabine ist, sich mit Turnern in weißer Kleidung dorthin zu begeben. Abmarsch vom Hofe 11 Uhr. Sollten sich Abänderungen notwendig machen, so werden diese in der Abendausgabe vom Dienstag, den 19. November, der Zeitungen „Die Freiheit“ und „Vorwärts“ bekanntgegeben.

J. A. des I. Kreises des Arbeiter-Turner-Bundes: Karl Krotzer, Kreisvertreter.

Die Zentralstelle für Volkserziehung hält am Freitag, den 22. November, abends 8 Uhr, im Reichsgod. Bellevuestraße 19-20, eine Versammlung ab, in der Heinrich Ströbel spricht. — Heber Weisriede und Böckler sind am Montag, den 18. November, abends 8 Uhr, im Reichsvereinshaus, Altonaerstraße 41.

Die staatlichen Bibliotheken Berlin sind, notwendiger Ordnungsmaßnahmen wegen, auf einige Tage geschlossen. Auch die Museen bleiben bis auf weiteres geschlossen. Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

„Kernmittle Oerzungsblätter, Radfahr- und Hundrad.“ Die 26. Nummer der Zeitschrift „Kernmittle Oerzungsblätter, Radfahr- und Hundrad.“ ist am 1. November 1918 als Beilage zur „Zeit der Freiheit“ erschienen.

Eine republikanische Sachverständigenkommission, die Ordnung, Ruhe und Freiheit zu erhalten soll, soll sofort geschaffen werden. Der Eintritt erfolgt nach Meldung bei den Soldatenräten.

Der gesamte Privatpost- und Privattelegraphenverkehr an die deutschen Oberbehörden, die bisher in Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Serbien, Italien, in der Türkei und im Kaukasus standen, ist mit Rücksicht auf die Lage bis auf weiteres eingestellt. Unternimmt deshalb Sendungen werden an die Absender zurückgeschickt. Wiederaufnahme des Verkehrs an die in Betroffener kommenden Truppen wird bekanntgegeben.

Großer öffentlicher Massen-Schach-Wettbewerb, Sonntag, den 20. November 1918, im „Loren-Restaurant“, Kleine Auguststraße 14, Anfang 3 Uhr nachmittags.

Am Totensonntag, den 24. November, nachmittags 3 Uhr, in demselben Lokal öffentlicher Vortrag des Herrn Sanitätsrats Dr. Lemm über: „Die beste Methode Schach zu erlernen und der Weg zur Meisterschaft.“ Eintritt zu beiden Veranstaltungen frei. Gardebock 20 Str.

Revolution und Bürgertum.

Eine Auseinandersetzung in Wilmersdorf.

In einer bemerkenswerten Auseinandersetzung zwischen Vertretern des Bürgertums und des Proletariats über die durch die Revolution geschaffene Lage kam es in einer Versammlung, die der Wilmersdorfer A. u. S. Rat für Sonntag vormittag nach der Aula der Oberrealschule am Sockel berufen hatte. Der mit roten Fahnen zeitgemäß geschmückte Raum war dicht gefüllt. Es sprachen als Vertreter der „hängigen“ der Schriftsteller N. Brenner, als Vertreter der Soldaten Kamerad Reichlein und als Vertreter der Unabhängigen Genosse Dr. Breitscheid. Brenner betonte, daß diese Revolution kein Zufallsprodukt sondern das notwendige Ergebnis eines geschichtlichen Prozesses. Brenner betonte die Stellung der Bourgeoisie in dieser Revolution und erörterte besonders auch die Frage der Nationalversammlung. Er verlangte die Durchführung entscheidender sozialistischer Maßnahmen noch vor ihrem Zusammentritt und warnte vor einer allzu großen Beschleunigung der Revolution auch im Hinblick auf die notwendige Aufklärungsarbeit. Die überzeugenden Worten schillerde er das System von Zug und Saug, in dem das Volk bis dahin gehalten wurde. — Besonders seine Ausführungen riefen dann eine Reihe bürgerlicher Wilmersdorfer Gäste auf den Plan. Der Stadtorbitor Oberlehrer Helmke protestierte gegen die Hiebe, die von dem Redner der Bourgeoisie zuteil geworden. Er bekannte sich noch wie vor als Monarchist, riefte aber von „Widelm dem Lebhafte“ doch entschiden ab. Mit der Neuordnung der Dinge zeigte er sich wenig einverstanden und besonders Adolf Hoffmann als Kultusminister hatte es ihm angetan. Liebe und Veröhnung müssen jetzt erstrebt werden, aber keine Ausbaltung und Unterdrückung der bürgerlichen Kräfte dürfe stattfinden. Sein Stadtorbitor Kollege Maurermeister Dietrich gab auch die Monarchie preis um dafür um so entschidener — aber von keiner Schenkennis getrübt — gegen den Sozialismus loszutreten. Ein dritter Redner stiegen in das gleiche Horn. Nachdem ihnen schon aus der Versammlung heraus verächtliche Redner mit guten Argumenten entgegengetreten waren, erwiderte ihnen in einem Schlusswort Genosse Breitscheid mit hinreichender Ueberlegenheit. Noch einmal zeigte er die Rolle, die die Bourgeoisie vor und während der Revolution gespielt hatte, und rechnete besonders mit dem Oberlehrer Helmke in einer Weise ab, daß die Versammlung ihm immer wieder ihre laute Zustimmung zu erkennen gab. Mit einem Hoch auf die sozialistische Republik und die Internationale schloß die eindrucksvolle eigenartige Kundgebung, die überaus wertvolle Aufschlüsse über die im Bürgertum vorhandenen Stimmungen und Strömungen geben konnte und den Beweis erbrachte, daß noch sehr viel Aufklärung und Arbeit nötig ist, um für die Revolution jenes Verständnis zu wecken, das nötig erscheint, um gegenrevolutionäre Kräfte nicht aufkommen zu lassen.

Unabhängiges Sozialdemokratisches Parteisekretariat für Pommern und Necklenburg befindet sich in Stettin, Kaiser-Wilhelm-Str. 73. Telefon 3209. Neue Mitglieder werden hier angenommen.

Achtung!
Kohlleger u. Helfer
erhalten sich zur Befreiung der Revolutionen am Mittwoch vormittag 10 Uhr Kundensplatz.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Kommission.

M. Kreis U.S.P.D.
Heute
Montag, den 18. abends 8 Uhr, 8 und 9 in Graumanns Postkille, Nassaustr. 27, ein
Extra-Zahlabend
stark.
Dringendes Erscheinen aller Genossen ist erforderlich.
Der Vorstand.

Achtung!
I. Kreis U.S.P.D.
Dienstag, 19. Nov., abends 8 Uhr
General-Versammlung
Das vollständige Erscheinen aller Genossen u. Genossinnen ist Pflicht.
Der Vorstand: L. A. Otto Zacher.

Bestellweise.
Bitte über anfordern, umfragen und bestellen an den Verlag der „Freiheit“
Verlag NW 6, G. Ullrichstr. 19.
Der Interessenten heißt Name von
ab 1 Exemplar der „Freiheit“ (1000) erhalten an Zahlung
„Die Freiheit“
Verlag Ernst
der Neudruck der „Freiheit“ (1000) erhalten an Zahlung
gen. Preise von 1.20 monatlich bei jeder Bestellung 100 Exempl.
Name:
Ort:
(Bitte deutlich schreiben, wo Sie genau wohnen.)